

blick nach rechts

A 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 22 29. Oktober 1997

→ **NS-Versandhandel gestoppt** Seite 2

Den Behörden ist ein von langer Hand vorbereiteter Schlag gegen einen florierenden, grenzüberschreitenden Handel mit neonazistischen Tonträgern und Druckerzeugnissen gelungen. Die Bestellungen wurden in Dänemark abgewickelt, den Vertrieb übernahm ein Geschäft in Kiel.

→ **Brauner Firlefanz** Seite 3

Auch in diesem Jahr waren auf der Frankfurter Buchmesse wieder zahlreiche rechtlastige Verlage vertreten. Großer Beliebtheit erfreut sich augenscheinlich Literatur über Nazi-UFOs und Okkultismus.

→ **Rechter Gründungsboom** Seite 5

Im Vorfeld der Bundestagswahl im nächsten Jahr hat die extreme Rechte ihre Bemühungen zur Kräftebündelung verstärkt. Allorts entstehen neue Sammlungsbewegungen, die sich z. B. „Bündnis Rechts für Deutschland“ oder „Vereinigte Rechte“ nennen.

→ **Unrühmliche Vergangenheit** Seite 7

Mit der eigenen Haltung gegenüber den Juden im 2. Weltkrieg hat sich Frankreich bis heute nur sehr zögerlich auseinandergesetzt. Unbestreitbar ist, daß die Vichy-Regierung tatkräftig an der Deportation der französischen Juden mitgewirkt hat.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH,
Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/255 94-100, Fax 030/255-94-190

Deutsch-dänische Neonazi-
Connection gestoppt

Schlag gegen Versandhandel

Der NS-88-Versand aus Dänemark muß sich neue Vertriebswege für seine Kundschaft in Deutschland suchen. Nach über einjährigen Ermittlungen zerschlugen jetzt Bundeskriminalamt und mehrere Landeskriminalämter die Infrastruktur der neonazistischen Firma. Kopf von NS-88-Versand ist Marcel Schilf, geboren 1972 in Brandenburg, seit längerem aber dänischer Staatsbürger. Er hat offenbar ein internationales Netzwerk aufgebaut, um NS-Literatur und -Tonträger sowie Videos und entsprechende Musikvideos abzusetzen. Offiziell residiert er in der Nähe von Kopenhagen. Dort gibt es auch mehrere Postfachadressen, die zu NS-88 führen. Nach Erkenntnissen der Staatsschutzermittler hat NS-88 mit dem grenzüberschreitenden Handel bestens verdient – Kenner der Musikbranche sprechen von Umsätzen in sechsstelliger Höhe.

In mehreren Etappen wurden die Täter jetzt überführt. Durchsuchungsaktionen im gesamten Bundesgebiet in den Monaten Januar, Juli, August und eben nun im Oktober brachten 265 000 sogenannte bootlegs – Raubpressungen – zutage, darunter 31 000 Tonträger (fast ausschließlich CDs) mit rechtsextremer Musik. Bei den Aktionen gab es mehrere Festnahmen. Allein beim jüngsten Schlag der Behörden in Hamburg und Schleswig-Holstein wurden 26 Objekte unter die Lupe genommen. Die Erkenntnisse der Ermittler sehen folgendermaßen aus: Aus Dänemark wurden und werden Kataloge im Umlauf gebracht und die eingehenden Bestellungen abgewickelt; den Vertrieb übernahm ein eher unscheinbarer Laden in der Kieler Innenstadt „No mercy records“. Die Geschäfte dort wickelte Michael Petersen ab. In dem Kieler Kellerladen wurden aber auch Hooligans und Pitbull-Liebhaber „versorgt“. Entsprechende Textilien waren dort im Angebot. Die Staatsanwaltschaft präsentierte auf einer Pressekonferenz neben den vielen gefundenen Tonträgern – meist auf dem Index wegen gewaltverherrlichender und rassistischer Inhalte – auch Hakenkreuz-T-Shirts. Der Handel bei „No mercy records“ florierte offenbar – die Ladenfläche wurde kürzlich verdoppelt. Weiter im Blickpunkt der Ermittlungsbehörden ist der Pinneberger Kaufmann Otto Ernst K., der nach fünfmonatiger U-Haft im

Sommer wieder auf freien Fuß kam. Zusammen mit einem Hamburger Tonstudiobetreiber liefen intensive Kontakte mit den Geschäftemachern in Kiel und Dänemark. Gepreßt wurden die CDs überwiegend in Skandinavien, Osteuropa und Deutschland. Mit involviert in den Handel ist möglicherweise auch Adrian Preißinger (Kronach), der dazu eine „Agentur für Kommunikation“ (AFK) betreibt. Diese war nach Informationen des Magazins „Der Spiegel“ Abnehmer von Neonazi-CD-Pressungen aus einem tschechischen Werk. Preißinger wirkte 1994 als Geschäftsführer und Chefredakteur des NPD-nahen Periodikums „Nation“.

Im Zusammenhang mit den Aktionen gegen den NS-88-Versand sind dem BNR Durchsuchungen unter anderem in Annaberg-Buchholz bei Chemnitz, Halle/Saale, Leipzig, Eisleben, Esslingen, Ulm, Biberach, Ahrensburg, Flensburg, Henstedt-Ulzburg, Pinneberg, Hamburg und Kiel bekannt. Im Zuge der Durchsuchungen wurden teilweise auch NS-Propagandamaterial und Munition gefunden. Die deutsch-dänische Schiene kommt dabei nicht von ungefähr. Thorsten Heise aus Northeim, einst FAP-Landesvorsitzender in Niedersachsen, soll einen Konzertmitschnitt in seinem Heimatort in Dänemark produziert haben (siehe BNR 16/97). Auch die bereits wegen Aufstachelung zum Rassenhaß verurteilte Band „Kraftschlag“ aus Schleswig-Holstein pflegt Dänemark-Kontakte. So weilte Sänger Jens Ape beim Rudolf-Heß-Gedenkmarsch 1997 in Koge.

Schilf soll mit den Einnahmen Untergrundaktivitäten finanzieren. Bekannt ist, daß es eine Zusammenarbeit von militanten Neonazis aus Dänemark mit der britischen Terrororganisation „Combat 18“ gibt. Intensive Kontakte bestehen nach Schweden, wo die meisten Konzerte aufgenommen werden. Ein wenig Licht in diese entsprechenden Machenschaften kam zuletzt bei vereitelten Briefbomenattentaten. Die Adressaten saßen in Großbritannien, die Drahtzieher in Dänemark, die Aufgabe der abgefangenen Post erfolgte in Malmö/Schweden. Nach Recherchen des „Stern“ diente der Schilf-Versand auch als Versteck für untertauchende Neonazis. So war dort zeitweilig der Österreicher Wolfgang Tomsits beschäftigt, der gerade eine vierjährige Haftstrafe absitzt. 1995 trat Schilf beim Rudolf-Heß-Gedenkmarsch im dänischen Roskilde in Erscheinung. Ihm wird nachgesagt, er sei ein Kontaktpunkt der von den USA aus operierenden NSD-AP/AO. Bei polizeilichen Ermittlungen wurden in Schilfs Wohnung Grundstoffe zur Herstellung Sprengstoffen gefunden.

B. Ohne

Rechtes Angebot auf der Frankfurter Buchmesse

Hokuspokus und Agitation

Wie schon in den vergangenen Jahren tummelten sich auch auf der Frankfurter Buchmesse 1997 allerlei rechte Verlage. Die Bandbreite des Angebots reichte von antidemokratischen Klassikern bis zu Antischwerkrafts-Kreiseln.

Erstmals bei der Frankfurter Buchmesse zugegen war die „Verlag + Agentur Werner Symanek“ (VAWS) aus Bingen. Offeriert wird von Symanek, Mitglied der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GFP), ein Konglomerat von rechtsextremer, esoterischer, satanischer, okkultur, theosophischer und völkischer Literatur. Frei erhältlich war am VAWS-Stand die neueste Ausgabe (Oktober) der NS-apologetischen „Unabhängigen Nachrichten“ (UN), deren Bestellanschrift mit der Postfachadresse von Symanek identisch ist. Für die Schriftleitung der aktuellen Ausgabe zeichnet ein Josef Wilhelm Maria Brand (Oberhausen) verantwortlich. Druckort ist Oberhausen (Wegeor-Werbedienst GmbH). In den UN wird „vor allem die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geleugnet, fremdenfeindliches Gedankengut verbreitet und die Bundesrepublik Deutschland verunglimpft“, so der Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen. Im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren gegen verantwortliche Redakteure und Verbreiter der UN wurden am 31. Januar 1995 die VAWS-Geschäftsräume durchsucht und volksverhetzendes Schriftgut sichergestellt.

„Der unbesiegte Sonnengott“

Am Stand zugegen war zeitweilig Josef Klumb alias Jay Kay, Sänger und Frontmann der deutschen Band „Forthcoming Fire“. Klumb, der schon mit „AUS 98“ und „Circle of Sig Tiu“ die ersten Gehversuche der deutschen Gotic-Szene, einem Operationsgebiet „neurechter“ Kulturstrategen, erlebt hatte, ist ein Anhänger der Weltverschwörungstheorie „Jan van Helsing“. Mit Beschluß vom 8. Mai 1996 beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft Mannheim die Helsing-Bücher „Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert oder wie man die Welt nicht regiert“ sowie „Geheimgesellschaften 2 - Interview mit Jan van Helsing“,

die „besonders im Bereich der Esoterikszenen große Verbreitung fanden“ (Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 1996).

Der rechte Barde Klumb, der mit Vorliebe vom „unbesiegtten Sonnengott“ singt, einer Chiffre des Esoterischen Hitlerismus, war - ebenso wie die Szene-Bands „Death in June“ (benannt nach dem Sterbemonat des SA-Führers Ernst Röhm), „Strength Trough Joy“ oder „Allerseelen“ u. a. - an dem Leni Riefenstahl-Projekt (Doppel-CD + Buch) der VAWS beteiligt. Ob diese damit auch in der Musik-Szene Fuß fassen kann, ist unwahrscheinlich. Selbst die Neonazi-Gazette „Einheit und Kampf“ urteilte über die Compilation: „Dieses Machwerk ist das Geschrei nicht wert, das in der linken Asphaltjournalaille ... erhoben wird.“

Schräg gegenüber vom VAWS-Stand präsentierte dann der „Karolinger Verlag“ (Wien) seine Literatur. Neben Dieter Stein, Chefredakteur der „Jungen Freiheit“ (JF), die auch mit einem Stand vertreten war, plauderte dort der Publizist Günter Maschke, der im „Karolinger Verlag“ die „Bibliothek der Reaktion“ editiert. In seinem Hausverlag ist dieses Jahr das 200seitige Buch „Das bewaffnete Wort“ erschienen, das einen Querschnitt aus dem Aufsatzwerk Maschkes bietet. Hervorgetreten ist Maschke als Herausgeber und Übersetzer der Schriften des spanischen Konservativen Juan Donoso Cortes (1809-1853). Die Theorie von Cortes, so Iring Fetscher in der „ZEIT“, negiert auf „radikale Weise“ das „Fundament jeder freiheitlichen Demokratie.“ Den längst vergessenen Namen von Cortes brachte in der 20er Jahren erstmals der Apologet des Nationalsozialismus, Carl Schmitt, in die politische Diskussion ein. Für die „Junge Freiheit“ hat Maschke mit seinem Buch „Der Tod des Carl Schmitt“ (Karolinger 1987) die Grundlage für die Schmitt-Renaissance geschaffen. Er wurde deshalb prompt von dem Blatt zu einem „der schärfsten und gefürchtesten Kritiker des deutschen Parlamentarismus und der Vergangenheitsbewältigung“ gekürt.

Evola in Luxus

Aus Österreich angereist war der in Graz beheimatete, 1917 gegründete „Leopold Stocker Verlag“. Zu Beginn ausschließlich auf landwirtschaftliche Bücher spezialisiert, nahm der Verlag ab 1921 eine völkisch-nationale Richtung, der man sich bis heute treu geblieben ist, ein. Da mit Büchern wie „Adolf Hitler - mein Jugendfreund“ von August Kubizek oder „Rudolf Heß - ein gescheiterter Frie-

densbote?“ von David Irving jedoch allein keine Millionenumsätze gemacht werden können, bildet der landwirtschaftliche Fachbereich weiterhin „Herz und Seele“ des Verlages. Bestseller sind Titel wie „Schnapsbrennen“, „Ansatzschnäpse“ oder „Bierbrauen“. Daneben findet sich im aktuellen Gesamtverzeichnis stramm rechte Standardliteratur gehobenen Anspruchs wie das „Lexikon des Konservatismus“, herausgegeben von Caspar von Schrenck-Notzing oder „Abschied vom Abendland“, herausgegeben von Klaus Motschmann. In deutscher Sprache hat der „Leopold Stocker Verlag“ in diesem Jahr das schon 1985 in englischer Sprache erschienene Buch „Die okkulten Wurzeln des Nationalsozialismus“ von Nicholas Goodrick-Clarke verlegt. Dieses Standardwerk über völkisch-okkulte Gralsgestalten wie Karl Maria Wiligut, den „Rasputin Himmlers“, Guido von List und Jörg Lanz von Liebenfels oder Rudolf von Sebottendorff und dessen „Thule-Gesellschaft“ dürfte nicht nur in rechtsextremen Kreisen Interessenten finden.

Verfasser des Vorwortes ist Hans Thomas Hakl vom „Archiv für Altes und Geheimes Wissen“ (AAGW), das im baden-württembergischen Sinzheim seinen Sitz hat. Der „Knüller“ im AAGW-Angebot ist eines der Hauptwerke von Julius Evola, „Das Mysterium des Grals“, eine handnummerierte, bibliophile Luxusausgabe in einer auf 999 Exemplare begrenzten Auflage.

„Okkulte Wurzeln“

Evola-Lektüre fand sich auch am Stand des 1989 von Stefan Ulbrich, zeitweilig Horstführer der „Wiking-Jugend“ und Redakteur der „Jungen Freiheit“, ins Leben gerufenen „Arun-Verlages“. Neben Evolas „Revolte gegen die moderne Welt“ ist nun auch sein programmatischer Essay „Cavalcare la Tigre“ („Den Tiger reiten“) erstmalig in deutscher Sprache erschienen. Neben dieser „publizistischen Spezialität der besonderen Art“ („Nation+Europa“) war am Verlagsstand das Buch „Die schwarze Sonne von Tashi Lhunpo“ von „Russell McCloud“ (Pseudonym), das dem „Thule-Mythos“ verfallen ist und dem Esoterischen Hitlerismus nahesteht, erhältlich - nunmehr bereits in der 3. Auflage! Als Geschäftsführer des „Gaia-Versandes für Naturreligion, Schamanismus und Spirituelle Ökologie“ hat sich Ulbrich noch ein zweites Standbein geschaffen, das zu boomen scheint. Seit vergangenen April ist der „Gaia-Versand“ mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten. Für Ende November ist die Installation einer vollständigen Produktdatenbank geplant. Per elektronischem Klick kann dann für 69

Mark ein „Levitron“, ein Schmankerl für UFO-Esoteriker, bestellt werden. Der Anti-Schwerkraft-Kreisel schwebt dank des gyroskopischen Effektes ca. 10 cm über einer Magnetplatte - so zumindest die Werbung des „Gaia-Versandes“.

„Fachliteratur“ über die „Aufhebung der Schwerkraft“ preist der „Verlag Richard Schikowski“, einer der „ältesten und renommiertesten esoterischen Verlage in Deutschland“ (Verlagsprospekt; Fehler im Original), an. Hauptautor ist Karl Spiesberger, über den das „Lexikon der Esoterik“ (1991) zu berichten weiß, daß er Mitglied der „Fraternitas Saturni“ (Ordensname „Eratus“) sei, mit Spezialgebiet Runenmagie. „Fraternitas Saturni“ wurde 1928 von Eugen Grosche gegründet und huldigt den Lehren von Aleister Crowley, der als „Marquis des Sade des 20. Jahrhunderts“ gilt.

Schmankerl für UFO-Fans

Neben dem „Verlag Richard Schikowski“ residierte der Verleger des Helsing-Machwerke, der „Ewertverlag“ mit Sitz in Gran Canaria und dem nordrhein-westfälischen Lathen. Der 1984/85 von Klaus-Dieter Ewert und seiner Frau Sabine gegründete Verlag hat heute ca. 80 eigene Titel sowie weitere 65 Titel von ca. 15 Kleinverlagen im Programm. Neu im Angebot sind, den Angaben des Ewert-Magazins „Resolut“ (ca. 500 Seiten) zufolge, u. a. „Der Fall Ewert/van Helsing“, die „Dokumentation eines Ermittlungsverfahrens“, sowie das Buch „Jesus 2000 - neues Denken und Handeln zur Zeitenwende“ unter Helsing's bürgerlichem Namen Hannes Holey. Als Helsing ist der 30jährige Co-Autor des Buches „Unternehmen Aldebaran. Kontakte mit Menschen aus einem anderen Sonnensystem“. Die Autoren Karin und Reiner Feistle behaupten darin, seit ihrer Kindheit von Außerirdischen aus dem Sonnensystem Aldebaran (Sprache: Hochdeutsch) besucht zu werden. Diese hätten nach dem I. Weltkrieg Kontakt mit Deutschen aufgenommen und ihnen geholfen, UFOS zu bauen und am Ende des II. Weltkrieges an verborgene Orte auf der Erde, aber auch zu deren Sonnensystem Aldebaran zu fliegen: Nazi-UFO-Esoterik von der abgedrehtesten Art. Ergänzend ist dazu der Videofilm „UFO-Geheimnisse des III. Reichs“ - für 39 Mark beim „Ewert-Verlag“ erhältlich. Ein Muß für Glaubensanhänger des Esoterischen Hitlerismus an kalten Winterabenden.

Anton Maegerle

Eins, zwei, drei...

Und wieder eine neue Partei

Unermüdlich basteln Rechtsextreme aller Couleur an einer Einigung des zersplitterten und zerstrittenen eigenen Lagers. Allerorts entstehen neue Sammlungsbewegungen, die die rechten bis rechtsextremen Kräfte, teils auch mit Unterstützung von Neonazis, bündeln wollen. Ziel ist es, bei kommenden Wahlen, insbesondere der Bundestagswahl im nächsten Jahr, mit einer gemeinsamen Firmierung oder einem Wahlbündnis den Durchbruch zu schaffen.

Beteiligt an dem Gründungsboom ist auch eine Neuformierung mit dem passenden Namen „Vereinigte Rechte“. Sie wurde am 11. Oktober dieses Jahres ins Leben gerufen und hat ihre Geschäftsstelle in Stuttgart. Maßgebliche Initiatoren sind der geschaffte Ex-„Republikaner“ Leo Thenn (71) und der 34jährige Mario Meurer, der sich bei der „Deutschen Freiheits- und Arbeiterpartei“ (DFA) des Gründers und langjährigen Vorsitzenden der mittlerweile verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP), Martin Pape, tummelte. Sammeln unter einem gemeinsamen Dach will man abtrünnige „Republikaner“ sowie Versprengte und Noch-Mitglieder der anderen rechtsextremistischen Parteien. Unter den 34 Gründungsmitgliedern der „Vereinigten Rechten“ sollen sich dem Vernehmen nach 14 „Republikaner“ befunden haben, die rest-

lichen 20 von der DVU des Dr. Frey und der NPD gekommen sein. Nach Eigenangaben verfügt die „Vereinigte“ bereits über mehr als 100 Mitglieder bundesweit.

Mag der parteiliche Werdegang erstmal hintangestellt bleiben, so existiert doch bereits ein in gedruckter und in professioneller Form vorliegendes Parteiprogramm. Selbstredend finden sich darin auch die klassischen rechtsextremen Politikfelder, seien es Forderungen nach Ausländerrückführung, ein größeres Deutschland in seinen früheren Grenzen, Schluß mit der einseitigen Vergangenheitsbewältigung, dafür die „Zulässigkeit einer auf Tatsachen begründeten Geschichtsschreibung“, Stimmungsmache gegen die EU und den Euro. Und das alles nur „Für Deutschland - Deutsche Interessen zuerst“, so lautet das Motto.

Der als Bundeskoordinator der „Vereinigten“ fungierende Leo Thenn, einst Wahlkampfmanager noch zu Zeiten der Schönhuber-Ägide für die baden-württembergischen REP im Jahr 1992, ist bereits im Sommer vergangenen Jahres mit dem Vorläufer „Pforzheimer Modell“ hervorgetreten, das den „Zusammenschluß der deutschen Rechtsparteien“ forderte: einbezogen werden sollten „Bund Freier Bürger“, DLHV, DVU, NPD, „Die Deutschen Konservativen“ des Joachim Siegerist und die Schlierer-Partei. Auf die Vorsitzenden von REP und DVU ist Thenn heute nicht mehr gut zu sprechen - „die kleinen Könige“ - und er setzt daher lieber auf die Parteibasis der Rechten, wobei bei der „Vereinigten“ auch eine Doppelmitgliedschaft möglich sei.

G. N.

Neues Bündnis für Lübeck

„Kameraden sind Idealisten“

Die Hansestadt Lübeck bleibt offensichtlich ein beliebter Tummelplatz für Rechtsextremisten. Ulrich Schwetasch trat jetzt abermals als Anmelder einer Demonstration in Erscheinung. Seine Aktion lief unter dem Namen „Bürgerkreis Lübeck“. Dazu versammelten sich rund 50 Aktivisten des „Freiheitlichen Volks Blocks“ (FVB) aus Süddeutschland. Gesehen wurden neben Schwetasch auch Andre Schwelling (Henstedt Ulzburg) von der „Patriotischen Jugend“ sowie die als Anti-Antifa-Fotografin sich betätigende Thekla Kosche, Mailbox-Betreiberin aus Bad Segeberg, die den FVB-Auf-

marsch am 24. Mai in ihrer Heimatstadt anmelde-te. Schwetasch war bereits im Mai als „Anmelder“ auf den Plan getreten, seinerzeit wollte er in Lübeck mit dem „Bündnis Rechts für Lübeck“ gegen Kirchenasyl demonstrieren, was untersagt wurde. Auch diesmal gab es seitens der Stadt Lübeck zunächst ein Verbot, erst die Einschaltung des Verwaltungsgerichts in Schleswig-Holstein sorgte für die Durchführung der Demonstration, die dann aber doch gewaltsam von der Polizei aufgelöst wurde, da die FVB-Marschierer von der genehmigten Demo-Route abwichen. 40 Neonazis wurden festgenommen. Es folgten die Personalienfeststellung sowie eine erkennungsdienstliche Behandlung. Dabei wurden Hakenkreuz-T-Shirts, Totschläger, Tränengas und Gaspistolen sichergestellt. Mehrere Aktivisten hatten Kampfhunde dabei, und zeigten Fahnen unter Tragen von schwarzen Uni-

formen. Örtliche Teilnehmer bzw. Kader aus Schleswig-Holstein und Hamburg waren fast nicht vertreten. Das hatte auch seinen Grund: Diese tagten parallel in einer Saalveranstaltung unter dem Namen „Bündnis Rechts für Deutschland“ - die inzwischen fünfte Zusammenkunft des Blocks von DLVH-Vertretern, NPDlern und sogenannten „freien Nationalisten“. Die Kundgebung in Lübeck diente offensichtlich nur als Ablenkungsmanöver. In der Marzipanstadt kündigte unterdessen ein „Bündnis Rechts für Lübeck“ seine Kandidatur als Wählergemeinschaft zur Kommunalwahl im März 1998 an. Vorsitzender des rechten Lübeck-Bündnisses ist Dieter Kern. Dieser war beim Umweltamt der Stadt Lübeck beschäftigt, erhielt aber vor kurzem seine fristlose Kündigung, als bekannt wurde, daß Kern 1996 einen Propagandastand der DLVH betreute. Kern war ebenso Teilnehmer beim Treffen des neonazistischen FVB in Bad Segeberg.

Hinter der provokanten Bündnis-Kampagne steckt Ingo Stawitz (Uetersen). Der NPD-Aktivist saß von 1992 bis 1996 als DVU- und später DLVH-Mandatsträger im Landtag von Schleswig-Holstein. Er gehört zu den Gründern und Förderern des Zusammenschlusses „Bündnis Rechts für Deutschland“. Freizügig plauderte er jetzt gegenüber dem

„Hamburger Abendblatt“ über Taktik und Strategie des Lübeck-Vorhabens. „Lübeck ist eine Stadt, die leicht bearbeitet werden kann. Die Kameraden in Lübeck sind Idealisten, wo jeder soviel Einsatz wie zehn CDU-Mitglieder zeigt.“ Der Wahlkampf soll sich nach den Worten von Stawitz vor allem gegen den SPD-Bürgermeister Michael Bouteiller konzentrieren. Dieser hatte in der Vergangenheit massiv Flagge gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit gezeigt.

Daß die Rechtsaußen-Nationalisten sich mit ihrem Bündnis Chancen ausrechnen, liegt auch daran, daß bei den Landtagswahlen 1996 die DVU in Lübeck 6,3 Prozent der Stimmen einheimen konnte. Um sich nicht gegenseitig Konkurrenz zu machen, solle es Gespräche mit den „Republikanern“ vor Ort geben, kündigte Stawitz an. Notfalls werde das Bündnis offiziell nicht zur Wahl antreten, aber zu einem Wahlauftritt für die „Republikaner“ schreiten und deren Wahlkampf unterstützen, so Stawitz. Bei jüngsten Zusammenkünften in der Travestadt griff man seitens der REP bereits dankbar auf solche Hilfe zurück. So wurden neben anderen Ulrich Schwetasch und Jürgen Gerg, Kopf von NPD/JN in Lübeck, als „Schutztruppe“ angeheuert - andere nennen das harmloser „Ordner“ (siehe auch BNR 12/97 und 16/97). B. Ohne

Vorstoß gescheitert

Der Versuch der DVU, die Landtagswahl 1996 in Schleswig-Holstein juristisch anzufechten, ist vor dem Obergerverwaltungsgericht (OVG) Schleswig gescheitert. Als Beschwerdeführer der Partei fungierte dabei der gerade bei der Hamburger Bürgerschaftswahl als Spitzenkandidat in Erscheinung getretene Heinrich Gerlach. Gerlach war bereits 1991 Wahlkampfleiter in Bremen und ab 1992 „Zuarbeiter“ des Parteivorsitzenden Gerhard Frey für die DVU-Landtagsabgeordneten. 1996 kandidierte er sogar selbst als DVU-Spitzenkandidat für den Landtag in Schleswig-Holstein. Die Partei erzielte bei der Wahl 4,3 Prozent der Stimmen, zwei Prozent weniger als noch 1992. Das Gericht wies die Einsprüche der DVU wegen angeblicher Auszählungsfehler sowie Benachteiligung in der Wahlwerbung zurück.

Die Kläger betrachteten ferner die Kandidatur des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) und der Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein (WSH) als rechtswidrig. Diese Auffassung verneinte das Gericht. (Aktenzeichen: 2 K 9, 10, 11,16, 18/97)

H.F.

HINWEIS

Jahr gegen Rassismus

Berlin. Im Willy-Brandt-Haus findet am 31. Oktober d. J. eine Konferenz der Sozialdemokratischen Fraktion Europas unter dem Motto „1997 - Europäisches Jahr gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ statt. Vertreten sind u.a. die SPD-Politiker/innen Christoph Tannert (MdEP), Dagmar Roth-Behrendt (MdEP), Siegrun Klemmer (MdB), Martin Schulz (MdEP), der Berliner SPD-Landesvorsitzende Detlef Dzembitzki, ebenso die Justizsenatorin Lore Maria Peschel-Gutzeit, der SPD-Politiker Hans Koschnik und die Vorsitzende der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament Pauline Green. Podiumsteilnehmer/innen sind neben anderen die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John, der Lübecker Pastor Günter Harig, die Journalistin Franziska Hundseder, Erich Fröschel vom Karl-Renner-Institut Wien sowie der Zentralratsvorsitzende der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis. Ort ist der Konferenzsaal im Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin. Veranstaltungshotline: Tel. 030/25993863, Fax 030/25993867.

Vichy und die Deportation französischer Juden

Unrühmliche Kollaboration

Der in Bordeaux stattfindende Prozeß gegen Maurice Papon wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit verweist auch auf die zögerliche Auseinandersetzung der Franzosen mit der eigenen Haltung gegenüber den Juden im 2. Weltkrieg.

Auf 75 000 beziffert Raul Hilberg in seinem Standardwerk über „die Vernichtung der europäischen Juden“ die Zahl der getöteten französischen Juden. Bezogen auf die etwa 320. bis 350.000 Juden, die Hälfte von ihnen Ausländer, die 1939 in Frankreich gelebt hatten, mag das die Aussage des französischen Historikers Henri Amouroux rechtfertigen, das scheine nicht für Eifer der französischen Verwaltung zu sprechen; und auch bei Raul Hilberg heißt es, „der antijüdische Vernichtungsprozeß in Frankreich war ein Produkt des deutsch-französischen Waffenstillstands“ und die Vichy-Regierung habe versucht, „die antijüdischen Maßnahmen in bestimmten Grenzen zu halten“. Eben nur „in bestimmten Grenzen“, in dem man beispielsweise zunächst versuchte, die Auslieferung auf jene Juden zu beschränken, die nach Kriegsbeginn nach Frankreich geflohen waren. Aber auch Hilberg kommt zu dem Schluß, es habe Augenblicke gegeben, „in denen das Regime schärfer gegen Juden vorging, als es die Deutschen hätten erzwingen können“. Verantwortlich dafür waren die Mitglieder der Vichy-Regierung, für Hilberg in ihrer Zusammensetzung – konservativ-katholische Militärs – eine Parallele zur Anti-Dreyfus-Koalition. Er macht damit aufmerksam auf die antisemitische Tradition, die es auch in Frankreich gab und aus der die antijüdische Politik seit 1940 gespeist wurde.

Man mag es tragisch nennen, daß die Vichy-Regierung durch den Waffenstillstand verpflichtet wurde, ihre Verwaltung an der Vernichtungsaktion aktiv zu beteiligen. Dies freilich taten die französischen Bürokraten, angeführt durch die Präfekten in den Departements, aber auch die an den Standorten der deutschen Militärverwaltung in Paris delegierten Regierungs-Beauftragten und der speziell berufene Juden-Kommissar mit viel Fleiß. Im übrigen spricht gegen die Legende vom Wider-

stand, daß die Vichy-Verwaltung tatkräftig gegen Juden vorging, lange bevor die Nazis sie 1942 dazu anhielt, die französischen Juden ans Messer zu liefern – etwa durch Ausschluß von Ausländerkindern vom öffentlichen Dienst, Auflösung der Logen, Widerruf von Einbürgerungen, vor allem aber dem Dekret vom 4. Oktober 1940, das die Internierung ausländischer Juden zuließ. Über die fragwürdige Rolle der Pétain-Regierung und ihre Kollaboration mit den Nazis gab es relativ früh ausführliche wissenschaftliche Darstellungen. Dabei zeigte sich, daß anders als vielfach die Bevölkerung Frankreichs die Regierung die Juden schutzlos ließ. Motiv der nach dem Ende der Besatzungszeit einsetzenden Strafkaktionen gegen Kollaborateure – fast 10 000 spontane Hinrichtungen, 1 500 Todesurteile, 125 000 Ermittlungsverfahren – war deshalb allein der Verrat an der Grande Nation, nicht aber die Tatsache, daß Juden ins Gas geliefert wurden.

Schutz für prominente Juden

Unter großer Medienbeachtung – in Frankreich wie im Ausland – hat am 5. Oktober vor dem Schwurgericht in Bordeaux der Prozeß gegen Maurice Papon, dem vormaligen Generalsekretär des Departement Gironde und späteren Präfekten des Departement Landes begonnen, der in beiden Ämtern an der Deportation französischer Juden mitwirkte. Er ist angeklagt wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit, konkret wird er beschuldigt, zwölf Transporte und mehr als 1 500 Juden an die Nazis ausgeliefert zu haben, ganze acht sollen überlebt haben. Papon ist heute 87 Jahre, sein Prozeß ist sicherlich der letzte in der wenig rühmlichen Geschichte der Auseinandersetzung der Franzosen mit ihrer Haltung gegenüber den Juden während des 2. Weltkrieges. Wegen der erst seit 1964 strafbaren Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind bisher ganze zwei Täter verurteilt worden, der Gestapo-Chef von Lyon, Klaus Barbie, 1987 und als einziger Franzose Paul Touvier, ein eher unbedeutender Milizsoldat. Den drei weiteren Verfahren gegen hohe Beamte entzogen sich zwei der Angeklagten durch Tod; der prominenteste, Rene Bousquet, Polizeichef unter Pétain, wurde 1993 von einem Geisteskranken ermordet. Die Ermittlungen gegen Papon begannen bereits 1981, nachdem die einflußreiche französische Zeitung Le Canard enchaîné die Rolle Papons enthüllt hatte. Daß der Prozeß erst jetzt anläuft, verdankt Papon seiner Wendigkeit und der Fürsprache, auf die er sich bis hin zum Staatspräsidenten Mitterrand ver-

lassen konnte. Papon, der schon der Volksfrontregierung gedient hatte, schaffte nämlich nach dem 2. Weltkrieg eine Karriere zum Polizeipräfekten von Paris, der sich damals ein weiteres Mal in das Gedächtnis der Franzosen einprägte, als er die Algeriendemonstration 1961 blutig niederschlug, er stieg dann auf zum Abgeordneten der Gaullisten und wurde Budgetminister unter Präsident Giscard d'Estaing. Papon kam zugute, daß er rechtzeitig zum Kriegsende sich zum Widerstandskämpfer gewendet hatte. Bei seiner Tätigkeit als Judenverfolger hatte Papon nämlich vorgebeugt, in dem er prominenten Juden seinen Schutz angedeihen ließ; die Verantwortung für die Deportationen lud er rechtzeitig auf einen Mitarbeiter ab, der später zum Tode verurteilt wurde. Als die französische Presse sich 1981 mit seiner Rolle befaßte, ergriff er, der auch heute jegliche Einsicht in sein Verhalten vermissen läßt, die Flucht nach vorn und verlangte nach einem Ehrengericht von Anhängern der Résistance. Eine von Daniel Mayer, dem Generalsekretär der Sozialistischen Exilpartei und Mitglied des Nationalen Widerstandrates, geleitete Jury gelangte zu dem Schluß, Papon hätte sein Amt im Juli 1942 niederlegen sollen. Für Papon war dieser Spruch ohne Bedeutung, denn erst 1991 gelang es, die An-

klage am Schwurgericht Bordeaux anzubringen. Es dauerte weitere sechs Jahre, ehe der Prozeß in Gang kam.

Ob damit die juristische Aufarbeitung der Vichy-Kollaboration entscheidend gefördert wird, wird in Frankreich vielfach bezweifelt. Für Frankreich hat der Prozeß gleichwohl eine Schlüsselfunktion. Inzwischen ist nämlich die gesellschaftliche Diskussion über die Rolle des Landes in Gang gekommen, die ähnlich heftig und kontrovers geführt wird wie seinerzeit in Deutschland nach 1968. Angestoßen wird sie auch durch die Ankündigung einer Stellungnahme von Papst Johannes Paul II. zur Haltung der katholischen Kirche zum NS-Völkermord an den Juden. Das geht auch die Katholiken in Frankreich an. Vom Abbé René Laurentin wird dem Papst im Figaro am 3. Oktober 1997 Masochismus vorgeworfen, sei doch die Shoah allein das Werk Adolf Hitlers. Daß nicht die ganze französische Gesellschaft uneinsichtig ist; macht die kleine Meldung in den Zeitungen deutlich: Frankreichs größte Polizeigewerkschaft (SNPT) hat sich in diesen Tagen für die Beteiligung französischer Polizisten an Aktionen zur Deportation der Juden förmlich entschuldigt.

Klaus-Henning Rosen

Rechter Extremismus in Österreich

Wien. In Österreich wird die rechtsextreme Szene immer gewaltbereiter und verbal aggressiver. Dieses Fazit zieht das Bundesministerium für Inneres in seinem Jahreslagebericht „Rechtsextremismus in Österreich 1996“. Generell festgestellt wird, daß die 1996 durchgeführten Zusammenkünfte und Treffen von rechtsextrem eingestellten Personen bzw. Organisationen mit revisionistischen Tendenzen ausgeweitet und internationalisiert wurden. Ebenso zeigt sich, so der Bericht für 1996, daß Aktivitäten, Politik und Propaganda der rechtsextremen Szene weiterhin in der nationalsozialistischen Tradition stehen. Als „rechtstendenziös“ werden 79 Parteien und 42 Vereine gewertet, von denen ein Großteil jedoch nur auf dem Papier besteht. Kontakte österreichischer Rechtsextremisten in die Bundesrepublik gibt es zu rechtsextremen Gruppen in Bayern, zu gleichgesinnten Einzelpersonen, zur DVU, den Republikanern, der NPD und den JN.

Der Jahreslagebericht „Rechtsextremismus in Österreich 1996“ ist zu beziehen: Bundesministerium für Inneres, Herrengasse 7, 1014 Wien.

HINWEIS

9. November

Bonn. Im Bonner Haus der Geschichte findet am Sonntag, den 9. November, ein Forum zu dem Thema „Der 9. November in der Geschichte der Deutschen statt“: Am 9. November 1918 brach die Monarchie zusammen; fünf Jahre später am 9. November 1923 übernahmen Hitler und seine Komplizen einen Putschversuch in München. In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938, fand mit der Reichspogromnacht ein entscheidender Schritt für den Genozid an den europäischen Juden statt. Am 9. November 1989 fiel die Mauer in Berlin. Referieren werden auf der Veranstaltung u. a.: Susanne Miller, Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten“ (AvS), Heinrich Potthoff, Historische Kommission beim Parteivorstand der SPD, Klaus Schönhoven, Verein „Gegen Vergessen - Für Demokratie“, Friedbert Pflüger MdB, Verein „Gegen Vergessen - Für Demokratie“. Die Veranstaltung wird von der AvS gemeinsam mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und dem Verein „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ durchgeführt; Beginn ist 14.00 Uhr.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

**Periodika der
extremen Rechten**

„Nation+Europa“ (NE)-47. Jg., Nr. 10/97: Dampfplauderer Franzens Kolumne ist diesmal ausschließlich der verunglückten englischen Prinzessin („meine Idealvorstellung von Frau war sie nicht“) gewidmet. So findet sich neben Attacken auf „linke“ Medien etwa die tiefschürende Erkenntnis, der Mensch sei weder nur gut oder schlecht. Desweiteren läßt uns Schönhuber an seinem Altmännerbekenntnis teilhaben, „ich war kein Kostverächter“, er taue nicht zum Vorkämpfer bürgerlicher Tugenden; letzterem stimmen wir ausdrücklich zu. Dies dient als Einleitung für die Bekundung des Respekts für Trümmerfrauen und daran anknüpfend die Empfehlung an den Bundespräsidenten, „zum Beten vor Klagemauern gäbe es auch in Deutschland genug Anlaß“. Lady Dianas Tod wird eingerührt in den Nachruf zum 100. Geburtstag von Propagandachef Goebbels, dem bescheinigt wird, er sei ein Mann der Prinzipien („womöglich falscher, aber immerhin“) gewesen und sein seinerzeitiges Rundfunkprogramm niveauvoller als heutige Unterhaltungsindustrie, „weil der oberste Rundfunkschaffende eigentlich in verkappter Dichter und immerhin promoviert war“. Zum Aufmacherthema Ignatz Bubis und das Gold aus der Schweiz bleiben außer Zitaten aus dessen Biographie die als Skandal angekündigten Enthüllungen aus. Gedankt für die Zerstörung einer „linken Lebenslüge“ wird der Schriftstellerin und „Ex-Kommunistin“ Doris Lessing angesichts ihrer Aussage, Stalin hätte Hitler noch einiges lehren können. Damit, so möge der Kolumnist Karl Richter zur Kenntnis nehmen, lassen sich weder die mehr als 6 Millionen KZ-Opfer noch 50 Millionen Kriegsoffer, für die die N+E-Ikone Hitler Verantwortung trägt, weg argumentieren. Ansonsten u. a. das Dauerthema Le Pen als Modell für die deutschen Rechte. Breiten Raum nimmt die Kommentierung der Hamburger Bürgerschaftswahl ein, die den rechten Parteien 8,4 Prozent der Stimmen brachte; direkte Angriffe in diesem Zusammenhang gegen den REP-Vorsitzenden Schlierer, der das Angebot Freys (DVU) zur Einigung gar nicht erst beantwortet habe.

„Junge Freiheit“ (JF)-12. Jg., Nr. 42-44/97: Die in Deutschland verweilenden bosnischen Kriegsflüchtlinge als Schuldige für sozialpoliti-

schen Kahlschlag outet der Berliner Fachhochschuldozent Burkhard Willmsky, seines Zeichens FDP-Mitglied (42/97). Parteifreund Heiner Kappel ruft derweil am Kyffhäuser (3. Oktober) „die patriotisch-bürgerlichen Parteien in Deutschland zum Schulterschuß“ auf. Bernd-Thomas Ramb von der rechten FDP-Konkurrenz „Bund Freier Bürger“ warnt vor der mit der Einführung des Euro automatisch errichteten „Festung Europa“ gegen die mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten. Maastricht müsse fallen, damit diese Staaten eine Chance bekämen. Ex-Bundeswehrler Franz Uhle-Wettler bewundert die politischen und sozialen Wertesysteme der südasiatischen „Tigerstaaten“ als Vorbild für den degenerierten Westen mit seinem uferlosen Individualismus und Hedonismus (42/97). Der Rechten - er spricht dabei die „Republikaner“ an - einen Ruck geben will JF-Chefredakteur Dieter Stein; gebraucht werde „eine Formation, die eine vorzeigbare Partei mit mitreißenden Menschen ist und ... die Öffentlichkeit in ihren Bann zieht“ (43/97). Ein Plädoyer für die Einheit der Rechten hält auch Richard Stoltz; positiv wird die Annäherung der REP-Führungsspitze an andere Rechtsgruppierungen bewertet. Andreas Mölzer sieht für die Bundesdeutschen noch viel Arbeit zu leisten, bis auch sie einen Haider, wie gottlob die Österreicher, bekämen. Aber schließlich würden sich Österreich und das „neuvereinigte Kleindeutschland“ heute zunehmend einander annähern; alleine schon die Medien prägten die „kulturnationale Einheit“ in der „deutschen Sprachnation“ (43/97). Schelte erhält der Schriftsteller Günter Grass, der mit seiner Kritik an der deutschen Flüchtlingspolitik übersehen habe, daß die „Zumutbarkeit menschenrechtlicher Sühnelasten“ bei einem Großteil der Deutschen heute „ausgereizt“ sei (44/97). Alain de Benoist, Chefdenker der französischen Neuen Rechten, mokiert sich über den „moralischen Exhibitionismus“, der mit der Bewältigung der Vergangenheit in Frankreich einhergehe, „eine neue Form der Unterwerfung des politischen Lebens unter die Moral“. Pankraz pflichtet ihm in seiner Kolumne bei und sieht die Urheberschaft bei der „neudeutschen ‘Vergangenheitsbewältigung’“, auf die viele französische Intellektuelle „regelrecht neidisch“ gewesen wären. Berichtet wird über den REP-Parteitag vom 18. Oktober in Dietmannsried. Trotz entspannter Atmosphäre - schließlich unter weitgehender Nichtteilnahme der Medien - sei die erwartete Aufbruchstimmung ausgeblieben, ein Wahlerfolg sei wieder einmal fällig. Eng kooperieren wollen die REP künftig mit der „Deutschland-Bewegung“ und der DSU (44/97).

Die „Jungkonservativen“ der
„Weimarer Republik“ und der
Nationalsozialismus

Intellektuelle Wegbereiter

In letzter Zeit mehren sich Versuche der „Neuen Rechten“ ihr geistiges Bezugsfeld, die „Jungkonservativen“ der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik, moralisch und politisch durch die einseitige Hervorhebung der Differenzen zu entlasten. Verächtliche Kommentare Arthur Moellers van den Brucks gegenüber Hitler und der NSDAP, Oswald Spenglers kritische Anmerkungen nach der Machtübertragung oder Edgar Julius Jungs Ermordung durch Nationalsozialisten gelten als Belege für diese Unterschiede. Propagiert wurde ein entsprechendes Geschichtsbild etwa in einer Portrait-Serie zur „Konservativen Revolution“ in der „Jungen Freiheit“ (vgl. BNR 19/96) oder in dem Buch „Hitlers rechte Gegner“ des JF-Autors Claus Wolfschlag (vgl. BNR 10/97). Demgegenüber ignorierte man bewußt, daß die „Jungkonservativen“ nicht in erster Linie Gegner der Nationalsozialisten, sondern der Weimarer Republik waren – und zwar nicht nur, was deren realpolitische Erscheinungsformen, sondern auch was deren theoretische Grundlagen angeht. Vor diesem Hintergrund soll hier um einer aufklärerischen Klarstellung willen das Verhältnis der „Jungkonservativen“ zum Nationalsozialismus einerseits und deren geistige Wegbereitung der Entwicklung hin zur Etablierung des NS-Staates andererseits kurz skizziert werden:

Gegnerschaft zur Demokratie

Bilanziert man die politischen Auffassungen der „Jungkonservativen“ insbesondere bezüglich demokratietheoretischer Auffassungen, so fallen zahlreiche Gemeinsamkeiten zum Nationalsozialismus auf: die fundamentale Ablehnung der Wertvorstellungen von Aufklärung, Gleichheitsprinzip und Liberalismus, das Verständnis von Gesellschaft als einer ethnisch definierten „Volksgemeinschaft“, die antipluralistisch motivierte Ablehnung von Parlamentarismus und Parteien sowie die Bejahung eines autoritären Führerstaates. Ideologische Differenzen bestanden demgegenüber in der geringeren Bedeutung des (aber durchaus auch vorhandenen) Rassismus und Antisemitismus bei den „Jungkonservativen“, mentale Unterschiede hinsichtlich der elitären

Verachtung einer um Massenakzeptanz buhlenden Propaganda mit geringem Niveau sowie dem pöbelhaften Agieren der SA in der Öffentlichkeit gegen Ende der Weimarer Republik. Nach 1933 verlief der Weg der „Jungkonservativen“ dann allerdings auch nicht einheitlich: Einige ihrer Protagonisten formulierten Widerspruch, zogen sich mehr und mehr ins Privatleben zurück (z. B. Spengler) oder wurden gar von den Nationalsozialisten ermordet (z. B. Jung), andere Vertreter der „Jungkonservativen“ paßten sich den neuen Verhältnissen an, machten zeitweise Karriere, wurden aber auch hinsichtlich ihrer Wirkungsmöglichkeiten eingeschränkt (z. B. Carl Schmitt). Vor diesem Hintergrund kann eine Auffassung, welche „Jungkonservative“ und Nationalsozialisten gleichsetzt, ebenso wenig überzeugen wie eine Auffassung, die hier einen generellen Unterschied sieht.

„‘Trotzkisten’ des Nationalsozialismus“

Eine differenziertere Einschätzung ergibt sich aus der Formulierung des selbst mit den „Jungkonservativen“ sympathisierenden Armin Mohler (Die Konservative Revolution in Deutschland, Darmstadt 1989, Bd. 1, S. 4), der hier von den „Trotzkisten“ des Nationalsozialismus sprach: Wie im Fall des russischen Bolschewismus „stehen auch hier einer großen Massenpartei von gleichförmiger Schwere kleine, geistig lebendige Kreise gegenüber, welche auf die Massen wenig Einfluß gewinnen, auf dem Boden der Parteibildung höchstensfalls Absplittierungen von der großen Partei zustande bringen und sich vor allem der Bildung hochexplosiver Sekten und im Hintergrund bleibender, loser Eliten-Zusammenschlüsse widmen. ... So steht einer eindeutig politischen Existenz eine ebenso eindeutig literarische Existenz gegenüber. ... Versagt die Massenpartei, so schlägt die Stunde der ‘trotzkistischen’ Häresien. Kommt die Massenpartei aber zur Macht, so richten sich ihre Verfolgungen mit besonderer Härte gegen diese Gegner aus dem ‘eigenen Lager’.“ Die Metapher von den „‘Trotzkisten’ des Nationalsozialismus“ erlaubt es, das Verhältnis als das einer lagerinternen Differenz zu beschreiben: Hinsichtlich der politischen Grundpositionen bestand weitgehend Einheit, Differenzen ergaben sich eher in ideologischen und strategischen Detail-Fragen. Insofern können auch jene Anhänger der „Jungkonservativen“, die später am aktiven Widerstand gegen Hitler beteiligt waren, zwar als Gegner des Nationalsozialismus gelten, keinesfalls aber als Anhänger

eines demokratischen Verfassungsstaates. Neben der Bewertung des ideologischen Verhältnisses verdient aber auch noch die Einschätzung des intellektuellen Einflusses Beachtung, ging es den „Jungkonservativen“ doch zentral darum, mit ihrer Theoriearbeit politischen Veränderungsprozessen einen geistigen Weg zu ebnet. In dieser Hinsicht verdient eine Stellungnahme von Edgar Julius Jung in der „Deutschen Rundschau“ aus dem Juni 1932 – also noch vor der „Machtübertragung“ der Nationalsozialisten – Interesse: „Die geistigen Voraussetzungen für die deutsche Revolution wurden außerhalb des Nationalsozialismus geschaffen. Der Nationalsozialismus hat gewissermaßen das Referat ‘Volksbewegung’ in dieser großen Werksgemeinschaft übernommen. Er hat es grandios ausgebaut und ist zu einer stolzen Macht geworden. Wir freuen uns darüber nicht nur, sondern wir haben das Unsrige zu diesem Wachstum beigetragen. In unsagbarer Kleinarbeit, besonders in den gebildeten Schichten, haben wir die Voraussetzungen für jenen Tag geschaffen, an dem das deutsche Volk den nationalsozialistischen Kandidaten seine Stimme gab. Diese Arbeit war heroisch, weil sie auf den Erfolg, auf die äußere Resonanz verzichtete... Ich habe Achtung vor der Primitivität einer Volksbewegung, vor der Kämpferkraft siegreicher Gauleiter und Sturmführer, aber ihre Arriviertheit gibt ihnen noch nicht das Recht, sich als das Salz der Erde zu betrachten und den geistigen Vorkämpfer gering zu achten, es geht nicht an, daß eine revolutionäre Bewegung ihre Gesetze von kleinbürgerlichen Parteibeamten empfängt statt von den geistigen Repräsentanten.“¹ In diesem Zitat von einem dem Nationalsozialismus am ehesten noch distanziert gegenüberstehenden Vertreters der „Jungkonservativen“ offenbart sich im Selbstverständnis sehr deutlich deren intellektuelle Wegbereitung nicht nur der Zerstörung der Weimarer Republik, sondern auch der Entwicklung hin zum „Dritten Reich“.

In ähnlicher Weise wie Jung äußerte sich auch Max Hildebert Boehm in der 1933 erschienenen dritten Auflage seiner Schrift „Ruf der Jungen“ (S. 7), die eine ergänzte Einleitung über die Geschichte des „Juni-Klubs“ enthielt. Darin betont er, ein Sieg entscheide sich nicht allein auf dem Schlachtfeld, er müsse auch auf dem Feld der Ideen gewonnen werden, wobei sich der „entscheidende Einsatz des Juni-Klubs“ vollzogen habe. „In unserem Kreise wurde eine Verbindung des revolutionären und des konservativen Ansatzes herbeigeführt, deren Tragweite erst heute sichtbar wird.“ Insofern gehöre sein Wirken, so Boehm aus dem Blickwinkel des Jahres

1933, „zu den entscheidenden Marksteinen auf dem Weg zum Dritten Reich.“ Auch diese Worte lesen sich als ein eindrucksvoller Beleg für die intellektuelle Wegbereitung der NS-Diktatur durch die Intellektuellen der „Konservativen Revolution“.

Armin Pfahl-Traugher

(¹ Edgar Julius Jung, Neubelebung von Weimar?, in: Deutsche Rundschau, Juni 1932, S. 158-160)

Alte Kameraden

Seit nunmehr über zwei Jahren tingelt die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44“ des „Hamburger Instituts für Sozialforschung“ durch deutsche und österreichische Städte. Die von regem Medienecho begleitete Dokumentation konnte bis heute über 380.000 Besucher erreichen.

Gegen die Ausstellung wird regelmäßig von ultrarechten bis rechtsextremen Agitatoren gehetzt. Maßgeblich beteiligt daran ist auch die im baden-württembergischen Stuttgart beheimatete „Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände e.V.“. Diese fühlt sich den Zielen, „Pflege der Kameradschaft, geschichtliche Wahrheit über die Kriegsgeneration, Brückenschlag im Inneren und über Grenzen“ verpflichtet. Gerade jetzt, so ist einem Positionspapier der Kameraden zu entnehmen, sei es wichtig, daß „die Männer der Kriegsgeneration nicht verstummen“: „Zum einem deshalb, weil versucht wird, die geschichtliche Wahrheit der damaligen Zeit zu verdrängen und den Weg, die Leistung und das Leiden dieser Generation zu verzerren. Kaum jemand weiß noch oder spricht darüber, daß es die Wehrmacht war, die Westeuropa vor der Roten Armee und der Diktatur des Kommunismus bewahrt hat.“

Vorrangiges Ziel der Kameraden, die eng mit Bundeswehr und Reservistenverbänden zusammenarbeiten, ist die „Aufklärung“ über die Ausstellung „Vernichtungskrieg“. Sprachrohr ihrer Kampagne „Wider die Verteufelung der Wehrmacht“ ist die im 45. Jahrgang erscheinende „Unabhängige Zeitschrift für alte und junge Soldaten“ mit dem Titel „Kameraden“ (vormals: „Alte Kameraden“). Der Redaktion des zweimonatlich erscheinenden Blattes, mit einer monatlichen Auflage von bis zu 15.000 Exemplaren, gehören neben Reinhold Appel, Claus Bittner und Friedbert Limmeroth auch Albrecht Jebens, Noch-Geschäftsführer des stramm rechten „Studienzentrums Weikersheim“ (SZW) an.

A. M.

BÜCHERSCHAU

„Blut und Paukboden“

„Bereits nach den Eröffnungsstatements hatten die beiden CDU-Konformisten die Hörerschaft zum überwiegenden Teil gegen sich. Die Stimmen aus dem Publikum spiegeln das allgemeine Unbehagen mit der EU wider. Darüber hinaus müsse die EU stets als das betrachtet werden, als was sie gegründet wurde. Als ein Institut zur Kontrolle deutscher Wirtschaft und zur Verhinderung deutscher Souveränität. Unter diesem Licht sollen auch die Einführung der europäischen Einheitswährung und das Europa der Regionen gesehen werden. (...) Die politischen Anträge bezogen sich auf eine Verurteilung des deutsch-tschechischen Vertrages, und darauf, die in der 'Wehrmachtsausstellung' erfolgte Pauschalverurteilung deutscher Soldaten zu mißbilligen. Dieser Antrag... wurde in einer per Zusatzantrag verschärften Form angenommen: 'Die Bundesregierung der BRD wird aufgefordert, die Mittel des für Deserteure vorgesehenen Fonds nicht an diesen, sondern an überlebende Frontkämpfer als Anerkennungsprämie auszuschütten.'" (Aula 6/97, S. 35)

Wir finden in diesem Bericht die aktuellen Hauptthemen der extremen Rechten wieder: die Propaganda gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg“, gegen die Aufgabe revanchistischer außenpolitischer Zielsetzungen, gegen den europäischen Einigungsprozeß wegen der Delegierung nationaler Kompetenzen an über- und zwischenstaatliche Institutionen. Auch eine Portion Geschichtsrevisionismus ist in der völkischen Polemik enthalten. Trotzdem handelt es sich nicht um einen Bericht über eine Veranstaltung einer der Parteien der extremen Rechten. Der da berichtet ist Norbert Nemeth von der Wiener Burschenschaft Olympia. Sein Thema ist der Burschentag in Jena. Nemeths Burschenschaft war in Österreich zeitweise verboten, sein Verband bzw. einzelne Bünde in jüngster Zeit mehrfach Thema von Bundestagsanfragen.

Unter dem treffenden Titel „Blut und Paukboden“ hat jetzt eine Autorengruppe im Fischer-Taschenbuchverlag eine Geschichte jenes

Dachverbandes vorgelegt, der sich in jüngster Zeit wieder zunehmend radikalisiert hat und selbst im Lager der Korporationen immer mehr auf Kritik stößt. In dem Band wird ein Bild von der frühen Burschenschaftsbewegung über die Weimarer Republik und den Nationalsozialismus bis zur Gegenwart gezeichnet. In zwei gesonderten Abschnitten wird das Verhältnis österreichischer Korporationsstudenten zum Nationalsozialismus und die Verbindungen zur extremen Rechten dort in der Nachkriegszeit aus den Reihen der Verbindungen untersucht. Dabei wird deutlich, daß diejenigen ideologischen Tendenzen, die die Autoren übereinstimmend bei den Burschenschaften feststellen, sich in Österreich in noch stärkerer Form wiederfinden.

Schon bei der berüchtigten Bücherverbrennung beim Wartburgfest 1817 seien neben völkischen auch antisemitische Tendenzen deutlich geworden. „Wehe über die Juden, so da festhalten an ihrem Judenthum und wollen über unser Volkthum und Deutschthum schmähen und spotten!“ wird einer der Feuersprüche zitiert. Dafür, daß es den Verfassern nicht um bloße Denunziation eines politischen Gegners geht, spricht an dieser Stelle, daß sie erwähnen, daß diese antisemitische Agitation „unter burschenschaftlichen Studenten um 1819 nicht durchgehend auf fruchtbaren Boden fiel“ (S. 27), und auch, daß sich diese Aktion zumindest teilweise gegen obrigkeitsstaatliche Tendenzen richtete. Zugleich führen sie aber auch an, daß der „Code Napoléon“ verbrannt wurde, der die feudalen Privilegien abschaffte und die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz garantierte. Nicht nur an dieser Stelle widerlegen die wiedergegebenen Quellen die burschenschaftliche Legendenbildung um die eigene Vergangenheit.

Die abwägende Darstellung wird bis in die Gegenwart durchgehalten. Zwar werden antideмократische und völkische Tendenzen deutlich herausgearbeitet, zugleich wird aber auf interne Widersprüche und Gegentendenzen, die sich letztlich nie durchsetzen konnten, verwiesen. Dies wird auch im „Versuch einer Bilanz“ betont. Seit Mitte der siebziger Jahre dominiere der völkisch-nationalistische Flügel, der zwar nur ein Drittel der 120 Mitgliedsbünde stellt, aber durch seine Geschlossenheit

in der Lage ist, Positionen mehrheitsfähig zu machen und durchzusetzen. Die Fakten stützen dies: sowohl die letzte Vorsitzende Burschenschaft als auch die amtierende, Libertas Brunn zu Aachen, gehören diesem Kartell, der Burschenschaftlichen Gemeinschaft, an. Gleiches gilt für zahlreiche Amtsträger. Am diesjährigen Festredner beim Burschentag, dem Bonner Prof. Hans-Helmuth Knütter, wird lobend hervorgehoben: „Sein Aufruf zum mutigen Widerstand gegen alles unser politisches Wollen Behindernde erinnerte an das Freund-Feind-Denken Carl Schmitts und wurde stark bejubelt.“

Die Verfasser wagen und begründen die Prognose, daß die Burschenschaften „auch zukünftig mit dem rechtsextremen Milieu eng verknüpft sein“ (S. 277) werden. Verstärken dürf-

te sich diese Tendenz noch durch den Austritt liberaler Burschenschaften, zu denen zukünftig jeder Kontakt abgebrochen werden soll. Positiv fällt in dem Band auf, daß die These der Einbindung in das rechtsextreme Milieu bzw. in der Vergangenheit in den Nationalsozialismus nicht durch persönliche und/oder organisatorische Verflechtungen zu belegen versucht wird, sondern daß stattdessen eine stringente ideologische Beweisführung erfolgt. Verbandsdokumente der Deutschen Burschenschaft, Literaturverzeichnis und Register runden den gelungenen Band ab.

Volkmar Wölk

D. Heither/M. Gehler/A. Kurth/G. Schäfer, Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften; Frankfurt/Main: Fischer 1997, 412 S., 24,90 DM

„Rettung des deutschen Volkes“

Dresden. Eine Broschüre mit dem Titel: „Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung - Der Völkermord am deutschen Volk“ wird derzeit von zahlreichen rechtsextremen Organisationen bundesweit verschickt. Adressaten sind u. a. Schulen und Einzelpersonen. Die Broschüre („Gedruckt im Ausland, in einem freien Land. Keine Vielfältigkeitsrechte beansprucht“) mit einer angeblichen Auflage von 110.000 Exemplaren beinhaltet kein Impressum, angegeben ist lediglich „Dresden, im August 1997“. Die Unterzeichnenden „rufen alle volkstreuen Deutschen zur Notwehr auf gegen den von der Staatsführung amtlich geplanten und mit brutalen Methoden durchgeführten Völkermord am deutschen Volke“. Gefordert wird in der rund 25 Seiten umfassenden Broschüre u. a.: „Der Rechtsanspruch Fremder auf Asyl ist sofort auszuschließen“, „Die Anerkennung von Asyl ist ab sofort in die alleinige Entscheidung des Deutschen Volkes zu legen“ sowie „Die alten Anwerbeverträge für Gastarbeiter sind jetzt anzuwenden. Das heißt, daß alle Gastarbeiter und ihre Angehörigen jetzt in ihre Heimatländer zu entlassen sind.“ Daneben fehlt in dem „Aufruf“ auch der Antisemitismus nicht: „Die Überfremdungspolitik hat mit dem Geheimvertrag Kohl-Galinski ihren Höhepunkt erreicht. Dieser Vertrag ist rechtswidrig, sittenwidrig und unmenschlich: Er ist ungeheuerlich, denn er muß zum Krieg in

Deutschland führen, und er wird aus Deutschland ein zweites Palästina machen.“

Verschickt wird das Machwerk u. a. von Klaus Hüscher (Nürnberg), dem selbsternannten Führer des „Volksbundes Deutsches Reich“ (VBDR), der die Inkraftsetzung der Reichsverfassung von 1919 fordert. Ein Großteil der nachstehend aufgelisteten Unterzeichner des Pamphlets ist im rechtsextremen Kontext seit langen Jahren einschlägig bekannt:

Werner Bartels, Klaus Bunge, Gerhard Dietrich, Wilfried Dotzauer, Albert End, Helmut Fleck, Adolf Fröhlich, Winfried Hellemann, Hans-Georg Heß, Franz Hölzel, Ulrich Hofer, Friedhelm Kathagen, Heinz Mahnke, Hans Köhler, Heino Janßen, Friedrich Kugler, Jutta Marienfeld, Herbert Meyer, Anna Müller-Knese, Johannes Ney, Lieselotte Päsler, Udo Pastörs, Robert Römer, Karl Schimpf, Hugo Schrag, Albrecht Schwichtenberg, Herwarth Strehlow, Willy Stratmann, Hermann Teschenmacher, Karl Weidemann, G. Berneaud-Kötz, Karl Dimmig, Bernd Tischendorf, Klaus Weinschenk, Alexander Diehl, Werner Elstermann, Edzard Folkers, Georg Harders, Rigolf Hennig, Kurt Hexelschneider sen., Hagen von Holtzendorff, Armin Huber, Dr. Harald Kindl, Günter Kohl, Heinz Knödler, Frank Kawalek, Robert Kühn, Irmgard Mailänder, Klaus-Christoph Marloh, Hildegard Newzella, Wolfgang Nuyken, Bernd Otte, Irmgard Peters, Heinrich Preuß, Fritz Scheunemann, Gerhard Schirmer, Dieter Schneider, Hans-Peter Schneider, Emil Schlee, Wilhelmine Steffens, Gerhard Seifert, Hannelore Steinweg, Helmut Tietge.

A. M.

Tagebuch

Inland

Burg in Ditmarschen - Ein Tim Schatowitz betreibt in Burg in Dithmarschen seit Oktober den „Asgard-Verlag“. Angeboten werden u. a.: „germanischer“ Schmuck, Irminsul-Kissen, Thors-Hammer, Videos wie „Die Geschichte der Hiter-Jugend“ und „Großveranstaltungen des Reiches“, Sammler-Steinkrüge wie „Soldat der Waffen-SS“ oder „Albert Leo Schlageter“, Jul- und Turmleuchter sowie einschlägige Literatur wie „Rudolf Heß: Ich bereue nichts“ oder „Werwolf - Winke für Jagdeinheiten“. Die Angebotspalette erinnert stark an Versandprospekte des MDV-Verlages des Neonazis Oliver Bode, der jüngst seine gesamten Auslieferungsartikel an den Donner-Versand (Lüdenscheid) übergeben hat (vgl. BNR 21/97).

Dietmannsried (Allgäu) - Die „Republikaner“ haben am 18. Oktober in dem nahe der Stadt Kempten gelegenen kleinen Ort Dietmannsried - weitgehend ohne größeres Medieninteresse - ihren diesjährigen Bundesparteitag durchgeführt. Die rund 500 anwesenden Delegierten und Gäste wurden neben der Ansprache des Parteivorsitzenden Rolf Schlierer mit Redebeiträgen bzw. Grußworten des „Friedensforschers“ Alfred Mechttersheimer, des DSU-Landesvorsitzenden von Sachsen-Anhalt Joachim Nothdurft und des Franzosen Yvan Blot, Europaparlamentarier der Le Pen-Partei, bedacht. Rolf Schlierer kündigte auf dem Parteitag an, die Zusammenarbeit mit dem „Front National“ künftig ausbauen zu wollen; gemeinsam mit der DSU will man voraussichtlich zu den Landtagswahlen nächsten April in Sachsen-Anhalt antreten.

Freyburg - Auf Schloß Neuenburg bei Freyburg („nördlichste Weinregion Mitteldeutschlands an der Straße der Romantik“ >Eigenwerbung<) findet am 30./31. Oktober ein Wave-Gotik-Treffen statt. Angekündigt ist auch die britische Band „Sol Invictus“, die dem Rechtsextremismus nahesteht. Ausgerichtet wird das Treffen von der Leipziger Konzertagentur „sol et luna“, die zuletzt im Mai das weltweit größte Wave-Gotik-Treffen in Leipzig organisierte. An der Veranstaltung nahmen mehrere tausend überwiegend Jugendliche teil. Neben „Sol Invictus“ traten auch der ultrarechte Barde „Kadmon“ (= Gerhard Petak), Österreicher) und die Band „Forthcoming Fire“ auf. Deren Sänger und Kopf, Josef Klumb alias Jay Kay, ist ein Anhänger der antisemitischen Weltverschwörungstheorie des „Jan

van Helsing“.

Hamburg - Am 3. Oktober feierte das „Nationale Infotelefon Schleswig-Holstein“ mit einer Saalveranstaltung seinen vierten Geburtstag. Hauptredner waren André Goertz und Friedhelm Busse. Themen waren, so das NIT, „die Neustrukturierung der nationalen Rechten“ und der „Aufbau des künftigen Europas“ in Form einer europäischen Eidgenossenschaft“.

Hamburg - Folgende 13 Abgeordnete ziehen für die „Deutsche Volksunion“ in vier Bezirksparlamente Hamburgs ein: Jacek Longin Lazniowski, Michael Günter Illies, Ursula Hedwig Winkler (HH-Bergedorf); Elke Gülck, Joachim Glogger, Andreas Seidemann (HH-Harburg); Georg Kosemund, Günther Frank Senftleben, Karl Löbner, Heinz Helmut Doerlitz (HH-Mitte); Heinrich Gerlach, Rudolf Reimers, Claus Walter Schalk (HH-Wandsbek).

Hammelburg - Das 43. Bundestreffen der rechtslastigen „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes e.V.“ (OdR) fand vom 17. bis zum 19. Oktober in Hammelburg (Kreis Bad Kissingen) statt. Die 1955 in Köln gegründete traditionalistische „Ordensgemeinschaft“ besuchte die Infanterieschule der Bundeswehr in Hammelburg, wo Soldaten für den SFOR-Einsatz in Bosnien ausgebildet werden. Der Kommandeur der Infanterieschule und Brigadegeneral Wulf Wede war an einer Kranzniederlegung im Rahmen des OdR-Bundestreffens beteiligt. Lediglich die Beteiligung von aktiven Soldaten der Bundeswehr als Ehrenwache an zwei Totenehrungen mit musikalischer Begleitung unterblieb. Die Schirmherrschaft der Veranstaltung lag beim bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber. Der ehemalige SPD-Bundesvorsitzende Hans-Jochen Vogel hatte im Vorfeld der umstrittenen Veranstaltung Bundesverteidigungsminister Volker Rühe (CDU) an dessen Aussage erinnert, daß die Wehrmacht an Verbrechen während des 2. Weltkrieges beteiligt gewesen sein und somit kein Vorbild für die Bundeswehr sein könne. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen kündigte ein parlamentarisches Nachspiel anläßlich der Zusammenkunft an.

Höchststadt/Kösching - Ein personeller Wechsel hat im Führungsgremium des „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) stattgefunden. Auf dem Bundeskongreß der DLVH am 11./12. Oktober d.

J. im fränkischen Höchstadt wurden Jürgen Schüttinger (Ex-NPD-Funktionär) und Ingo Stawitz (NPD) in ihren Ämtern als Bundessprecher bestätigt; als Dritter im Bunde stieß André Beiersdorf, DLVH-Funktionär aus Brandenburg hinzu. Nicht mehr angetreten für das Amt eines Bundessprechers ist Harald Neubauer, der laut einer Presseerklärung der DLVH als Begründung „neue unternehmerische Verpflichtungen auf dem Buch- und Zeitschriftenmarkt“ genannt habe. Als Gastreferent auf dem DLVH-Kongreß war der Vorsitzende der „Gesellschaft für freie Publizistik“ Rolf Kosiek zugegen.

Für den 2. November ist in Kösching bei Ingolstadt die Neuformierung einer rechtsextremen Sammlungsbewegung geplant. Auf Einladung der DLVH soll rechtsextreme Prominenz dafür sorgen, daß rechtzeitig vor der Landtagswahl in Bayern und der Bundestagswahl 1998 der Einigungsprozeß am rechten Rand erfolgen kann. U. a. sollen auftreten: Yvan Blot (Front National), Frank Vanhecke (Vorsitzender des Vlaams Blok), Franz Schönhuber und Harald Neubauer.

Kiel/Heising/Münster - Die Vorsitzende der REP-Frauenorganisation RFB („Republikanischer Bund der Frauen“), Ingeborg Akkermann aus Kiel, wurde auf einer Veranstaltung in Heising (Allgäu) in ihrem Amt bestätigt. Als Stellvertreterinnen wiedergewählt wurden auch Claudia Kübel (Bayern), Sabine Johnson (Baden-Württemberg) und Ute Behrens (Hamburg). Als weiteres Vorstandsmitglied des RFB gesellte sich die stellvertretende Bundesvorsitzende und nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Uschi Winkelsett neu hinzu.

Auf der Landesliste der nordrhein-westfälischen „Republikaner“ für die Bundestagswahl im nächsten Jahr sollen nach einer Meldung im REP-Parteiblatt vom Oktober fünf Beamte kandidieren.

Mannheim - Das Jugendschöffengericht am Amtsgericht Mannheim verurteilte am 15. Oktober den von der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ betreuten Neonazi Michael Bar wegen Volksverhetzung und Bedrohung per Telefon zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren und drei Monaten. Dabei wurde eine Verurteilung des Waiblinger Amtsgerichts wegen zahlreicher Delikte in Höhe von einem Jahr mit-einbezogen. Die Staatsanwaltschaft attestierte dem Jungnazi („Ich wede meine Haft absitzen und dann wieder politisch aktiv werden“) eine „absolute Unbelehrbarkeit“. Der 20jährige hatte im April d. J. die Jüdische Gemeinde in Mannheim mit insgesamt neun Drohanrufen terrorisiert und wurde im Juni

verhaftet. Die Rufnummer war zusammen mit Adressen von lokalen Staatsanwälten und weiterer jüdischer Einrichtungen aus dem gesamten Bundesgebiet in der vierten Ausgabe des Skinzines „Reichsruf“ („Stimme der NS-Bewegung Saarpfalz“) aus Neustadt/Weinstraße aufgelistet. Bar ist bei der dortigen neonazistischen „Nationalen Volksfront“ (N.F.V.) aktiv.

München - Die Nachwuchsorganisation der NPD „Junge Nationaldemokraten“, die sich zunehmend zum „Sammelbecken der organisierten, militanten Neonazi-Szene entwickelt“ (so die amtliche Einschätzung), plant nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung für den 8. November, am Vortag der Reichspogromnacht, einen Aufmarsch in München. Vorgesehen sein soll, vor der Zentrale der bayerischen SPD am Oberanger in München eine rote Fahne zu verbrennen. Die Sozialdemokraten wollen dazu eine Gegenveranstaltung in ihren Räumen und eine Mahnwache vor dem Gebäude durchführen und hoffen auf Unterstützung durch einen „breiten Zusammenschluß demokratischer Kräfte“, so der Münchner SPD-Vorsitzende und Landtagsabgeordnete Franz Maget. Ob die Stadt München den Neonazi-Aufmarsch verbieten kann, stand bis Redaktionsschluß nicht fest.

Schwarzenborn/Knüll (Schwalm-Eder-Kreis) - In seinem aktuellen Rundschreiben beklagt sich der ehemalige Rechtsterrorist Manfred Roeder (68) von der der „Deutschen Bürgerinitiative“ über seine Blessuren, die er im Rahmen von Auseinandersetzungen anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht“ (vgl. BNR 20/97) in Marburg am 14. September 1997 erlitten habe. Roeder hatte in der hessischen Universitätsstadt mit acht Gesinnungsfreunden gegen die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung demonstriert. Unter den Getreuen war auch Roy Godenau, dem Roeder über das „Deutsch-Russische Gemeinschaftswerk - Förderverein Nord-Ostpreußen“ verbunden ist. „Über die vielen Anrufe und Sympathiekundgebungen habe ich mich sehr gefreut.“

Stuttgart - Vom 7. bis 9. November führt der am 14. Februar 1982 gegründete neonationalsozialistische „Freundeskreis Ulrich von Hutten“ eine Tagung durch. Der Namensträger des „Freundeskreises“, Ulrich von Hutten, hatte um 1529 einen veritablen Hermann-Kult in der deutschen Poesie begründet. Sein „Arminius“ ist ein ebenso kühner wie tugendhafter Befreier der Deutschen von der

römischen Tyrannis. Sprachrohr des „Freundeskreises“ sind die vierteljährlich erscheinenden „Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht“. Die „Hauptschriftleitung“ hat die Vorsitzende Lisbeth Grolitsch (Graz) inne. Zur Seite steht ihr Heinz Brendel (Stuttgart), der Hans Köhler (Darmstadt) ablöst. Der „Freundeskreis“ ist personell nahezu identisch mit der „Deutschen Kulturgemeinschaft“ (DKG) und der „Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur“.

Ausland

Österreich (Wien) - Der Rechtsextremist Frank Swoboda, der sich in jüngster Zeit verstärkt im INTERNET artikuliert, berichtet in seiner Mailing-Liste wohlwollend über den österreichischen Bombenbauer Franz Fuchs, der sich selbst der terroristischen „Bajuwarischen Befreiungsarmee“ (BBA) zurechnet. Swoboda: „Franz Fuchs hat diejenigen bestraft, die die „Menschen in einem immer größeren Ausmaß unterdrückt und geknechtet“ haben. „Er hat das kriminelle Gewaltmonopol des Staates gebrochen und seinerseits mit einer in der Geschichte des Landes beispiellosen Offensive >denen da oben< - er nannte sie die >Kaste der Tschuschenhäuptlinge< - in den Hintern getreten.“ Swoboda weiter: „Sein Kampf ist nun vorbei - aber es werden ihm weitere Menschen folgen, die so entrechtet werden, daß der Krieg gegen das System ihnen als einzige Alternative erscheint, um der Unterdrückung zu entgehen.“

Schweiz (Lantsch) - In großen Zeitungsinseraten hatte Marcel Huber, Kleinverleger im graubündnerischen Lantsch, Mitte April 1997 das Buch „Uns trifft keine Schuld!“ angekündigt. Das Buch sei „Balsam“ für alle, die „Lügen, Diffamierungen, Schmähungen und üble Nachreden von den USA und den jüdischen Organisationen über sich ergehen lassen mußten.“ Der Autorennamen „Harry Zweifel“ ist ein Pseudonym, hinter dem sich Huber selbst verbirgt. Bereits im Vorwort verunglimpft

Adresse:

Harry Zweifel die Juden als „Brunnenvergifter“. Nach einer Klage wegen Zuwiderhandlung gegen die Antirassismus-Strafnorm erließ die Staatsanwaltschaft eine Beschlagnahmeverfügung. Doch sie kam zu spät, die Bücher waren verschwunden. Er habe die ganze Auflage in einer „Nacht- und Nebelaktion“ nach Deutschland geschafft, erklärte Huber. Bei einem rechtsextremen Buchversand sind sie nun wieder aufgetaucht. „Im Auftrag“ von Huber liefert die „Scharnhorst-Versandbuchhandlung“ aus dem oberbayerischen Berg bei Huber bestellte Exemplare aus. Ende August wurde das Machwerk von „Scharnhorst“ auch als „Neuerscheinungs-Ansichtssendung“ versandt.

Schweiz (Basel) - Das Basler Strafgericht verurteilte den 58jährigen EDV-Berater Ernst Indlekofer, verantwortlicher Redakteur und Verleger der Zeitschrift „Recht und Wahrheit“ wegen Zuwiderhandlung gegen die Antirassismus-Strafnorm zu drei Monaten Gefängnis auf Bewährung. Indlekofer wurde zur Last gelegt, daß in drei Ausgaben von „Recht und Freiheit“ Ende 1995/Anfang 1996 der Holocaust mehrfach „geleugnet oder gröblich verharmlost“ worden sei. Indlekofer selbst hatte von „Holocaust-Hysterie“ und von „Gaskammer und Umerziehungsgeist“ geschrieben. Redaktionell verantwortlich war er für die Aussage eines unbekannten Schreibers, der von „einer behaupteten planmäßigen Massenvernichtung der Juden“ fabuliert hatte. Sowohl Indlekofer als auch der Staatsanwalt haben gegen das erstinstanzliche Urteil Berufung eingelegt.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 255 94-100, Fax 255 94-190

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstraße 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 951 04 16, Fax 31 45 23

Satz und Gestaltung:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH Berlin;
Heidemarie Lehmann

Herstellung:
OPS GmbH, Hamburg
Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten